



Der Bürgermeister

Öffentliche Beschlussvorlage 113/2006

Dezernat II, gez.

Federführung:

60 - Planung, Bauordnung, Verkehr

Produkt:

60.01.01 Stadtentwicklungsplanung

60.01.03 Verkehrsplanung

Datum:

14.06.2006

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Coesfeld

Sitzungsdatum:

22.06.2006

Entscheidung

Bürgerentscheid gem. § 26 Abs. 6 GO NRW gegen die Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die Stadt Coesfeld

Beschlussvorschlag (1):

Es wird beschlossen, dem *Bürgerbegehren gegen die Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die Stadt Coesfeld, soweit die Sperrung der nordwestlichen Innenstadt beschlossen wurde*, nicht zu entsprechen (§ 26 Abs. 6 Satz 3 GO NRW).

Die in dem dann durchzuführenden Bürgerentscheid zu stellende Frage lautet wie folgt:

“Soll der am 09.02.2006 vom Rat der Stadt Coesfeld beschlossene Verkehrsentwicklungsplan aufgehoben werden, soweit er folgende Maßnahmen zur Sperrung der nord-westlichen Innenstadt beinhaltet:

- Diagonalsperre am Knotenpunkt Basteiring/Köbbinghof/Seminarstraße
- Durchfahrtsperre im Basteiwall (alternativ Rulandweg zwischen Basteiwall und Basteiring)
- Durchfahrtsperre in der Kapuzinerstraße südwestlich der Straße Köbbinghof
- Durchfahrtsperre Wetmarstraße, östl. Seminarstraße für mot. Individualverkehr bei Durchlässigkeit für öff. Busverkehr (ggf. Verlegung der Buslinie)
- weitere Verkehrsberuhigung Hengtestraße bis hin zur Durchfahrtsperre ?“

Beschlussvorschlag (2):

Der Bürgerentscheid findet innerhalb des Abstimmungszeitraumes vom 06.08.2006 bis 17.09.2006 statt.

Sachverhalt:

Gem. § 26 Abs. 6 Satz 3 und 4 GO NRW entscheidet der Rat, ob er einem von ihm zuvor als zulässig bezeichneten Bürgerbegehren entspricht oder nicht. Entspricht er ihm nicht, so ist innerhalb von 3 Monaten –bis zum 22.09.2006- ein Bürgerentscheid durchzuführen. In diesem Fall wird im Hinblick auf die Sommerferien (vom 26.06. bis 08.08.2006) seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Bürgerentscheid am 17.09.2006 durchzuführen.

Zur sachlichen Begründung des Beschlussvorschlages sei an dieser Stelle auf die Beschlussvorlagen 53/2006 „Anregung der Nachbarschaften Am Stockkamp und Hengte sowie der Anwohnergemeinschaft Holtwicker Straße zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP)“ und 83/2006 „Antrag zur Umsetzung der verkehrslenkenden Maßnahmen in der nordwestlichen Innenstadt“

verwiesen. In den dort beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung auf die Anträge und Anfragen wurde der Sachverhalt ausführlich dargestellt (http://www.coesfeld.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?__kvonr=2004024534).

In zwei Arbeitsgesprächen hat die Verwaltung gemeinsam mit Nachbarschaftsvertretern aus den Bereichen nord-westliche Innenstadt und Hengte versucht, die Möglichkeiten einer Kompromisslösung auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.05.2006 auszuloten. Die Gespräche fanden am 24.05. und 01.06.2006 im Sitzungssaal des Rathauses statt.

Im Rahmen der Gespräche wurden mehrere Alternativvorschläge der Nachbarschaften und der Verwaltung diskutiert. Die verkehrlichen Auswirkungen der Vorschläge wurden durch die Brilon Bondzio Weiser Ingenieurgesellschaft –teilweise mit Hilfe von Simulationsberechnungen im Verkehrsmodell- bewertet. Die Ergebnisse wurden im zweiten Arbeitsgespräch von Dr. Lothar Bondzio vorgestellt und können der beigefügten Präsentation entnommen werden. Die Gesprächsergebnisse wurden in zwei Protokollen zusammengefasst, diese sind ebenfalls als Anlage beigefügt.

Am 08.06.2006 fand ein weiteres Gespräch mit den Rechtsvertretern des Bürgerbegehrens statt. In diesem Gespräch wurde von den Rechtsvertretern ein Kompromissvorschlag unterbreitet, der die Sperrung des Marienrings in Höhe der Neutorstraße und die Sperrung der Kapuzinerstraße in Höhe des Köbbinghof (wie VEP) vorsieht. Alternativ zur Sperrung Kapuzinerstraße wurde vorgeschlagen, die Pumpengasse zwischen Neustraße und Kleiner Viehstraße zu sperren. Die Vertreter des Bürgerbegehrens signalisierten die Bereitschaft, das Begehren zurückzunehmen, wenn sich der Rat diesem Vorschlag anschließt und eine mindestens 2- jährige Probephase einräumt. Der Kompromissvorschlag wird als weitere Alternative ebenfalls durch Dr. Bondzio bewertet und in der Bürgerversammlung vorgestellt werden.

Die Bürgerversammlung findet am 12. Juni 2006 um 19.00 Uhr im Pädagogischen Zentrum des Nepomucenums statt. Thema werden die Maßnahmen des Verkehrsentwicklungsplanes in der westlichen Innenstadt sein. Hierzu gehören der Ausbau der Ladestraße sowie die Maßnahmen zur Verkehrslenkung in der nord-westlichen Innenstadt. Die Schwerpunkte der Veranstaltung liegen dabei auf der zukünftigen Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt sowie auf den Auswirkungen auf das Hengtegebiet. Vorgestellt werden sowohl das ursprüngliche Konzept des Verkehrsentwicklungsplanes, die Alternativvorschläge aus den Gesprächen mit den Nachbarschaftsvertretern als auch der Kompromissvorschlag der Vertreter des Bürgerbegehrens. Das Protokoll zur Bürgerversammlung wird kurzfristig nach der Versammlung erstellt und dann an die Ratsmitglieder als weitere Grundlage der Entscheidung verschickt.

Eine endgültige Entscheidung der Rechtsvertreter des Bürgerbegehrens über die Annahme einer Kompromisslösung liegt noch nicht vor. Sobald Ergebnisse vorliegen, werden diese ebenfalls nachgereicht.

Einige Informationen der oben beschriebenen Präsentation gehen in der als Anlage beigefügten Schwarz-Weiß-Version verloren. Daher erhalten die Fraktionen zusätzlich je ein farbiges Exemplar.

Hinweis:

In dieser Sitzungsvorlage kann nur ein Beschlussvorschlag auf dem jetzigen Verfahrensstand gemacht werden. Basis ist das vorliegende Bürgerbegehren. Die Vertreter des Bürgerbegehrens haben signalisiert, dass sie einen Kompromiss anstreben, wenn der Rat der von ihnen vorgeschlagenen Lösung folgt. Vom Verfahren sind dann folgende Schritte notwendig:

Die Vertreter des Bürgerbegehrens müssten dieses vor der Sitzung zurücknehmen, um den von ihnen vorgeschlagenen Kompromiss zu ermöglichen. Der Rat würde dann über die Zulässigkeit und die in dieser Sitzungsvorlage behandelte inhaltliche Fragestellung nicht mehr beraten. Die Sitzungsvorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Unter dem Tagesordnungspunkt müsste der Rat dann über eine alternative Vorlage beraten und entscheiden, die den von den Vertretern des Bürgerbegehrens vorgeschlagenen Kompromiss behandelt. Diese Sitzungsvorlage wird von der Verwaltung kurzfristig nach der Bürgerversamm-

lung vorbereitet und zusammen mit dem Protokoll an die Ratsmitglieder versandt.

Anlagen:

Protokoll zum ersten Arbeitsgespräch am 24.05.2006

Protokoll zum zweiten Arbeitsgespräch am 01.06.2006

Präsentation Brilon Bondzio Weiser